

2. 11. 1918

Die Mitteilungen eines hervorragenden Konferenzteilnehmers.

Nachdem Graf Czernin und seine Begleiter aus Brest-Litowsk zu kurzem Aufenthalt in Wien eingetroffen sind, läßt sich der Inhalt der ausführlichen veröffentlichten Communiqués ergänzen und erläutern durch das lebendige Wort, das über den Verlauf der Verhandlungen in unmittelbarer Anschaulichkeit und übersichtlicher Klarheit berichten.

Ein kurzer Ueberblick über das bisher geleistete Friedenswerk führt zurück auf den Vorschlag der russischen Regierung an den Vierbund, über einen allgemeinen Frieden zu verhandeln. Das Wort von einem „Separatfrieden“ ist überhaupt nicht ausgeworfen worden. Die Mittelmächte stellten sich sofort auf den Boden des russischen Vorschlages, einen allgemeinen Frieden „ohne Annexionen und Kontributionen“ nach der Czerninschen Formel anzubahnen. Verwahrung mußte von Seite unserer Unterhändler eingelegt werden bezüglich jener Auffassung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, welche zurückgreift auf einen früheren Beschluß des Arbeiter- und Soldatenrates, der einen ganz eigenartigen Begriff des Wortes Annexion aufgestellt hatte. Der Arbeiter- und Soldatenrat hatte damals jeder Nationalität das Recht zum Ausscheiden aus einem Staatsverband zuerkannt, falls in der betreffenden Nationalität ein solcher Wille, sei es auch nur ausgesprochen durch die Presse, irgendwie hervortrat. Gleichzeitig hatte aber der Arbeiter- und Soldatenrat anerkannt, daß diese seine Auffassung, wenn sie nicht allgemeine Zustimmung finde, die Möglichkeit von Abänderungen und Gegenvorschlägen zulasse. Tatsächlich wurde auch die Antwort der Mittelmächte in der Aufforderung Rußlands an seine Verbündeten als geeignete Basis angenommen. Nachdem so eine Einigung in den allgemeinen Grundsätzen erzielt war, hielt man am letzten Tag eine formelle Sitzung, welche die Friedensverhandlungen bis zum 3. Jänner, nicht bis zum 4. Jänner, wie es anfangs hieß, vertagte. Die Verhandlung erfolgte von beiden Seiten unter dem Gesichtspunkt der Abahnung des allgemeinen Friedens, bezüglich dessen die Westmächte innerhalb der 10 Tage die Antwort erteilen müssen. Zwischen der 2. und 3. Plenarsitzung haben unsere Delegierten, jene von Deutschland, der Türkei und Bulgarien mit den russischen Unterhändlern jene Fragen besprochen, welche zwischen diesen Staaten besonders geregelt werden müssen. Der Gedankenaustausch hat gezeigt, daß in allen vitalen Fragen territorialer Natur, ferner bezüglich der Kriegskosten, der Gefangenen usw. eine solche Annäherung erzielt, daß eine endgültige Übereinstimmung erwartet werden kann. Bezüglich des bisherigen Ergebnisses kann gesagt werden, daß in den Prinzipien eine volle Einigung erzielt wurde, bei der Fülle des Materials aber in Detailfragen nicht eingegangen werden konnte.

Ueber den Gang dieser Verhandlungen ist in den Umrissen eine Aufzeichnung gemacht worden; naturgemäß ist es bisher nicht zur Abfassung eines Friedensinstrumentes gekommen, da die Aufzeichnung nur als ein Referendum betrachtet werden kann. In einer Reihe von Punkten zeigte sich volle Übereinstimmung, in anderen blieben Reserven und Vorbehalte

bestehen. In der wichtigsten und schwierigsten Frage, der territorialen, haben sich die Ansichten sehr genähert, wo nicht schon volle Übereinstimmung erzielt ist.

Es wurde das prinzipielle Einvernehmen erreicht, daß die in Frage stehenden Gebiete: Litauen, Teile von Livland und Estland, Kurland und Polen über ihre Selbständigkeit entscheiden werden. Rußland hat bereits zugegeben, daß diese Gebiete nicht im russischen Staatsverbande zu verbleiben brauchen. Ueber die Frage der Durchführung der Wahl der Staatsform von Seite dieser Staaten ergab sich eine Verschiedenheit der Meinungen, die jedoch dahin geschlichtet wurde, daß von beiden Seiten mit aller Entschiedenheit erklärt wurde, daß die Ausführung der Selbstbestimmung jener Gebiete nicht unter dem Drucke militärischer Machtmittel, sondern Bürgschaften voller Freiheit gegeben werden. Es wurde eine Kommission eingesetzt, welche in weiteren Besprechungen die Einzelheiten bezüglich der Zurückziehung der Okkupationstruppen u. dgl. bestimmen wird. Es kann gesagt werden, daß in dieser Frage weitgehende Annäherung erreicht wurde.

Bezüglich der Weiterentwicklung der Ereignisse läßt sich auf die Anzeichen hinweisen, als ob die Entente nicht die Absicht hätte, dem Vorschlag Rußlands zu einem allgemeinen Frieden zu folgen. Die wichtigste Kundgebung ist jene Pichons, welcher in voller Kenntnis der russischen Vorschläge, nach Vorlage aller Alternativen zu dem Schlusse kommt, daß der Krieg unbedingt fortgesetzt werden müsse. Die französische Presse bezeichnet in deutlicher Abhängigkeit von Quai d'Orsay die Friedensarbeit in Brest-Litowsk als deutschen Schwundel und als Meisterstück der Zweideutigkeit. Daß man in Frankreich den allgemeinen Frieden hintertreiben will, wird in der holländischen und schwedischen Presse, von neutralen Beurteilern der jetzigen französischen Haltung als die einzige Erklärung bezeichnet.

In England melden sich Erscheinungen, die andeuten, daß hier der Niederbruch der rücksichtslosen Politik von Lloyd George eingeleitet ist. Das augenblickliche Hauptziel der Entente besteht darin, die Ukraine gegen Petersburg auszuspielen. In Südrussland lag die Macht bisher in den Händen der Zentral-Nada, welche auch revolutionär, jedoch nicht so radikal ist wie die Bolschewiken, sie geht in der Bodenenteignung nur vorsichtig vor und vereinigt die Sozialdemokraten mit den bürgerlichen Parteien, unter allen die Macht zu teilen. Und der Gegensatz zu Petersburg bestand ja nicht nur in der Methode. Trotzdem dürfte er nicht militärisch ausgedämpft werden, sondern zu einem Kompromiß führen. Uebrigens hat die Nada bezüglich der auswärtigen Politik bereits ihre Neutralität gegenüber Deutschland und Oesterreich erklärt, so daß zu erwarten ist, daß die französisch-englischen Quertreibereien nicht auf fruchtbaren Boden fallen werden und sich ein „modus vivendi“ wird erzielen lassen.

Mit besonderer Befriedigung muß die Aufnahme begrüßt werden, welche das Friedenswerk von Brest-Litowsk in der gesamten Öffentlichkeit Deutschlands gefunden hat. Noch vor wenigen Tagen ging durch die Presse der Beschluß des deutschen Ostmarkvereines, der allerdings ziemlich unbeachtet geblieben ist. Es verlangte politische und militärische und wirtschaftliche Sicherungen im Osten auf Grund der militärischen Erfolge und nahm Stellung gegen die Aufrichtung eines polnischen Königreiches. Es bestand also noch ein Kampf zwischen den deutschen Parteien und in der Presse kam dieser Gegensatz zum Teil sehr heftig zum Ausdruck. So schrieb die Berliner „Deutsche Ztg.“ von einem „erschütternden deutschen Verzicht von Brest-Litowsk“ und die „Berliner Neuesten Nachrichten“ sagten: „Jeder Gedanke an Bismarck und die Eröffnung der Friedensunterhandlungen mit den Vertretern bisheriger Feinde“, sagte das Blatt, „lassen uns die Schamröte in die Wangen treten, wenn wir nun erleben, daß nach den größten Erfolgen der deutschen Waffen die Diplomaten mit einem Federstrich das deutsche Volk in die Rolle des Unterlegenen versetzen.“

Nunmehr vollzieht sich aber unter dem Eindruck der wirklichen Ergebnisse eine starke Wandlung. Die Angriffe gegen Grafen Czernin, die dann zu solchen gegen die deutsche Regierung geführt haben, wichen einer maßvolleren Beurteilung. Auch die alldeutschen Pressestimmen erkennen an, daß geschickt und gewissenhaft in Brest-Litowsk die deutschen Interessen vertreten worden sind. Täuscht man sich, wenn man mit Freude ein Einschwenken auf der ganzen Linie in die Richtlinien der Czerninschen und v. Kühlmannschen Politik erkennt und die Hoffnung hegt, daß die volle Einheit der deutschen Parteien angesichts der Erfolge der Czerninschen Friedenspolitik in Brest-Litowsk erreicht worden ist? Das abschließende Jahr scheint uns als wertvolles Geschenk diese Erwartung mitzugeben.

Pressestimmen aus Bulgarien sprechen von der Tagung in Brest-Litowsk in einer Weise, als ob zwischen Bulgarien und Rußland überhaupt der volle Friedensausgleich bereits erfolgt sei. Tatsächlich stehen die Verhandlungen mit Bulgarien auf derselben Linie wie mit uns. Naturgemäß waren die Besprechungen mit Bulgarien bedeutend kürzer, konnten in paar Stunden erledigt werden, da keine Differenzen mehr bestehen. Das Friedensinstrument wird rasch abgefaßt werden können, jedoch ist der Abschluß noch nicht erfolgt.